

Antrag der CDU-Fraktion

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Bezirksvertretung Walsum	28.08.2025	Entscheidung

Betreff

Antrag der CDU-Fraktion

hier: Mehr Sicherheit und weniger Lärm auf der Friedrich-Ebert-Straße und Römerstrasse.

Inhalt

Die Bezirksvertretung Walsum möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Friedrich-Ebert-Straße und die Römerstraße unter Einholung einer Stellungnahme der Polizei zu prüfen, ob zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Minderung der Lärmbelastung erforderlich und möglich sind.

Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Bewertung der aktuellen Verkehrssituation und möglicher Gefahrenlagen.
2. Auswertung vorhandener Messdaten zur Häufigkeit und Höhe von Geschwindigkeitsüberschreitungen.
3. Prüfung, ob und wann mobile Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt wurden und mit welchem Ergebnis.
4. Rechtliche Bewertung, ob auf dieser Grundlage stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen nach § 45 StVO zulässig sind (Friedrich-Ebert-Straße und ggf. Römerstraße).
5. Unabhängig davon: Prüfung, ob Tempo-30-Anordnungen auf Teilabschnitten der Römerstraße oder der Friedrich-Ebert-Straße rechtlich zulässig und verkehrlich sinnvoll sind – insbesondere unter Berücksichtigung von Lärmschutz oder besonderer Gefahrenlagen.
6. Prüfung der Lärmbelastung durch den Einsatz geeigneter Messgeräte oder durch Teilnahme an Pilotprojekten zur akustischen Verkehrsüberwachung („Lärmblitzer“) in Zusammenarbeit mit der Polizei.

Begründung:

Sowohl die Friedrich-Ebert-Straße als auch die Römerstraße gehören zu den stark befahrenen Straßen in Walsum. Raserei ist dort seit Jahren ein wiederkehrendes Problem, das von vielen Anwohnerinnen und Anwohnern als belastend empfunden wird. Hinzu kommt

die erhebliche Lärmbelastung, insbesondere durch Fahrzeuge mit manipulierten oder besonders lauten Auspuffanlagen. Beschwerden aus der Bürgerschaft liegen seit langem vor.

Bereits 2021 hat die CDU Walsum für beide Straßen Anträge gestellt – für die Friedrich-Ebert-Straße die Einrichtung einer stationären Geschwindigkeitsüberwachung, für die Römerstraße die Einführung von Tempo 30 an bestimmten Abschnitten. Beide Anträge wurden seinerzeit mit Verweis auf die geltende Rechtslage abgelehnt.

Da sich die Verkehrssituation, die technischen Überwachungsmöglichkeiten und ggf. die rechtlichen Rahmenbedingungen seitdem verändert haben können, ist eine erneute, umfassende Prüfung erforderlich. Ziel ist eine sachliche, transparente und rechtssichere Lösung, die der Verkehrssicherheit dient, die Lärmbelastung verringert und die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner weiter verbessert.

